

Gleichwertigkeit anerkennen

Es gibt keine rationale Begründung für eine unterschiedliche Bezahlung der Lehrkräftearbeit

JA13 kommt an! Der Kampf der GEW um die Aufwertung der Tätigkeit an Grundschulen und in der Sekundarstufe I ist eine Erfolgsgeschichte. Den aktiven Kolleginnen und Kollegen in Fachgruppen und Landesvorständen ist es zu verdanken, dass sich in immer mehr Ländern ein Konsens herauskristallisiert: Wenn der Zusammenhalt der Gesellschaft nicht zerbrechen soll, muss in Bildung investiert werden – von der frühen Kindheit bis zum Schulabschluss und darüber hinaus. Gefordert ist nicht nur fachliche Exzellenz in der höheren Bildung. Gefordert ist vor allem pädagogisches Handeln, das die Basis legt für ein selbstbestimmtes Leben und eine demokratische Grundhaltung. Das fordert Lehrkräften viel pädagogische Kompetenz ab. Ihre Arbeit, egal an welcher Schulform, ist gleichwertig und muss gleich bezahlt werden.

Auf dem Weg zu JA 13 hat die GEW schon viel erreicht. In Berlin ist inzwischen A13/E13 an Grundschulen erreicht, mit einigen Einschränkungen. In Brandenburg wurden zunächst 6.000 Lehrkräfte auf A 13 angehoben. In Nordrhein-Westfalen hat die Kultusministerin A 13 für alle angekündigt. In Schleswig-Holstein geht die Auseinandersetzung um JA 13 auch nach dem Regierungswechsel weiter.

In Baden-Württemberg können sich 5.000 Lehrkräfte an Hauptschulen weiterqualifizieren, um nach A13 höhergruppiert zu werden. In Rheinland-Pfalz wird ein solches Angebot insgesamt 1.200 Hauptschullehrkräften gemacht. In einigen Ländern wurden die Arbeitsbedingungen von Schulleitungen, vor allem die Freistellung und die Bezahlung, verbessert. In vielen

in die Beamtenbesoldung übernommen. Und diese Liste ist bei weitem nicht vollständig.

Mit einem zweiten bundesweiten Aktionszeitraum zu JA 13 macht die GEW nun weiter Druck. Denn es wäre naiv zu hoffen, dass jede Landesregierung mit einem Streich alle betroffenen Lehrkräfte auf A13/E13 anhebt. Dafür ist der Primat der Schuldenbremse in den Landeshaushalten zu mächtig. Allerorten suchen Finanzpolitiker_innen Schlupflöcher, um doch nicht alle gleich bezahlen zu müssen.

Foto: GEW Viersen / NRW



Für diese Kolleginnen in Viersen/NRW hat es sich gelohnt, auf die Straße gegangen zu sein: Der Kultusminister der frisch amtierende Jamaica-Koalition kündigte A13 für alle an

Ländern wurden Stellenstreichungen zurückgenommen oder neue Stellen ausgewiesen. Nicht zuletzt wurde das Tarifergebnis weitgehend ohne Einschränkung

Erschwerend kommt hinzu, dass das Beamtenrecht Bezugspunkt der Forderung JA13 ist, auch wenn es in einigen Ländern nur wenige beamtete Lehrkräfte gibt. Das Beamtenrecht ist von Hierarchien, von Laufbahnen mit dem Nachweis formaler Abschlüsse und Prüfungen und von strengen Regularien geprägt. Wer in diesem Rahmen Erfolge erzielen will, muss sich auf diese Spielregeln einlassen. Auch deswegen benötigen wir einen langen Atem.

Als Gewerkschaft stehen wir für Entgeltgleichheit, dafür, dass Grundschullehrkräfte nicht deshalb schlechter bezahlt werden als andere, weil in diesem Feld ganz überwiegend Frauen arbeiten. Und wir stehen dafür, dass gleichwertige Arbeit auch gleich bezahlt wird, deshalb streiten

wir nicht nur mit Grundschul-lehrkräften sondern auch mit den Kolleg_innen in der Sekundarstufe I. Das Berufsfeld Schule ist sehr heterogen. Ausbildung und Zusammensetzung der Kollegien sind, historisch bedingt, sehr unterschiedlich. Im Osten gibt es unter den Älteren noch Diplom-lehrkräfte mit nur einem Schul-fach, Lehrkräfte unterer Klassen, Erzieher_innen mit Lehrbefähigung in der Primarstufe. Doch auch im Westen ist die Ausbildung nicht überall gleich, vor allem dort, wo angehende Lehrkräfte noch nicht nach einem Bachelor- und Master-Abschluss ins Referendariat gehen, gibt es

Unterschiede bei der Studien-dauer. Es ist ein Unding, dass sie für die Arbeit an denselben Schulen unterschiedlich bezahlt werden. Für sie alle müssen Wege nach JA 13 eröffnet werden, die einerseits die Fähigkeiten und Berufserfahrung anerkennen, andererseits aber auch die beamtenrechtlichen Spielregeln beachten. Das ist bisweilen eine Gratwanderung.

In einigen Ländern kämpft die GEW noch um den Grundkonsens: die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Arbeit in allen Schulformen. Doch in anderen stehen die Mühen der Ebene an: das vermeintliche und

doch so wichtige Kleinklein, Lösungen für alle Lehrkräftegruppen zu finden. Wichtig ist, die symbolträchtigen Pflöcke einzuschlagen. Vor allem in Berlin und Brandenburg ist das gelungen und in Nordrhein-Westfalen steht es nun an. Das ist ein Anfang, der zeigt: Dranbleiben lohnt sich. Deshalb gehen wir zuversichtlich in den zweiten Aktionszeitraum JA 13 der GEW-Initiative „Bildung. Weiter denken!“

FRAUKE GÜTZKOW
Mitglied des Geschäftsführenden
Bundesvorstands der GEW

Wann folgt Hamburg?

NRW kündigt einheitliche Lehrer_innenbesoldung an

Nach Berlin kündigt nun auch die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen eine einheitliche Lehrer_innenbesoldung an. Der Reform der Lehrkräfteausbildung von 2009 sollen endlich die besoldungsrechtlichen Konsequenzen folgen. Damit wären die Forderungen der GEW NRW für eine Besoldung der Grundschul-lehrkräfte nach A 13 Z endlich erfüllt. Dies gilt natürlich für die Tarifbeschäftigten entsprechend. Auch wenn mit einer Umsetzung erst zum Haushalt 2019 gerechnet werden kann, ist dies ein Erfolg der mittlerweile bundesweiten Kampagne JA13! Weiterhin tritt die GEW NRW dafür ein, dass auch die Lehrkräfte von einer Anhebung profitieren, die vor 2009 ihre Abschlüsse nach altem Recht gemacht haben.

Ebenfalls macht sich die Landesregierung in Brandenburg auf den Weg, eine einheitliche Bezahlung der Lehrkräfte auf den Weg zu bringen. Hier würden ca. 6400 Lehrkräfte von einer Anhebung auf A13 bzw. E13 profitieren.

In beiden Bundesländern haben sich die GEW und ihre Mitglieder vor Ort stark für die Anhebung eingesetzt. Mit Rechtsgutachten, mit Aktionen, mit Gesprächen und Verhandlungen wurde immer wieder nachgesetzt. Und wie wir aus den Erfahrungen von Berlin wissen, ist es wichtig, in diesen Aktivitäten bis zur vollständigen Umsetzung nicht nachzulassen. Denn gerne werden diese Anhebungen hinausgezögert oder nur für Teile der Kolleg_innen umgesetzt.

Deshalb geht es in Hamburg auch weiter mit den verschiedenen Mitteln auf allen Ebenen. Das Rechtsgutachten von Prof. Brinktrine – der dies auch für NRW erstellt hat – wird im Dezember für Hamburg und Bremen erwartet. Wir verfolgen sehr genau, wie die Reform der Lehrer_innenausbildung umgesetzt wird. Noch liegt nichts Konkretes auf dem Tisch. Da darf es keine Zementierung einer niedrigeren Besoldung der Grund- und Stadtteilschullehrkräfte geben!

Am 15. November endet für

die Grund- und Stadtteilschullehrämter – mit A12 bzw. E11 – die Bezahlung gemessen an der Bezahlung der anderen Lehrämter. Bundesweit kommt es deshalb in der Woche vom 13. – 17.11.17 zu größeren und kleineren Aktionen, in denen für eine gerechte Bezahlung eingetreten wird. In Hamburg planen Kolleginnen und Kollegen der Grundschule Mümmelmannsberg eine Aktion vor ihrem Schulgebäude, um auf ihre gute Arbeit und eine entsprechende Bezahlung aufmerksam zu machen. Als GEW begrüßen und unterstützen wir diese Aktion, indem wir vor Ort sind und gemeinsam unsere Kampagne weiter tragen. Kolleginnen und Kollegen an anderen Schulen sind gerne aufgefordert – auch nach dieser Woche – sich solidarisch zu erklären. Meldet euch in der Geschäftsstelle der GEW!

ANJA BENSINGER-STOLZE,
GEW Vorsitzende Hamburg